

18. März 2006

Aktionstag gegen Krieg und Besetzung zum dritten Jahrestag des Irakkrieges
Redebeitrag auf der Bonner Kundgebung von Ulrich Mercker, Bonner Friedensbündnis

MARKT UND MEINUNGSFREIHEIT

Es kommt nicht von ungefähr, dass unsere Kanzlerin Merkel auf dem kleinen Parteitag der CDU am 20. Febr. zum Beginn der Programmdebatte eine Rede hielt, in der sie davor warnte, Freiheit mit Beliebigkeit zu verwechseln. Schließlich war sie vor drei Jahren, noch vor Beginn des Irakkrieges, auf einem der damaligen Rosenmontagszüge recht derbe karikiert worden als „Angie“, die dem entblößten Hinterteil des damals wie heute amtierenden US-Präsidenten entsteigt. Bei einem Besuch in Washington hatte sie als Oppositionsführerin dessen Kriegslüsterheit uneingeschränkt unterstützt. Als frisch gebackene Kanzlerin musste sie nun den Karnevalisten deutliche Signale senden, dass der unstillbare Drang zur Verarschung auch Grenzen hat. Wer aus dieser Passage ihrer Rede allerdings schlussfolgerte, dass darin auch eine indirekte Kritik an den Mohammed-Karikaturen enthalten sei, wurde gründlich enttäuscht. Stattdessen griff sie den schon von ihrem Generalsekretär in den Ring geworfenen Ball auf und plädierte für die Aufnahme des Gottesbegriffs in das neue Parteiprogramm und einen deutlicheren Bezug zum Christentum.

Der Clash soll also gewissermaßen programmatisch festgeschrieben werden. Nach den vehementen Verteidigungsreden und Hohen Liedern auf die Freiheit der Meinung, der Presse und der Kunst darf das nicht verwundern.

Es scheint so, als bahne sich eine konzertierte, von langer Hand geplante ideologische Kampagne ihren Weg durch die Rat- und Rastlosigkeit unserer Gegenwart. Zu groß und zu offensichtlich werden im Zuge der Globalisierung die Widersprüche, die Unterschiede in dieser Welt. Für einen brasilianischen, südafrikanischen oder südindischen Kleinbauern und seine Familie kann nur als obszöne Ungerechtigkeit wahrgenommen werden, was sich ihnen mitunter auf den Bildschirmen bietet: Ob es sich um das brüllende Gewühl auf den Börsenplätzen in New York, London oder Tokyo handelt oder um die Bilder von Schauplätzen des Elends und der Gewalt, die täglich und ohne Scham gezeigt werden. Die exorbitanten Unterschiede zwischen Arm und Reich, dem mühsamen Kampf ums schlechte Überleben und einem merkwürdig gedämpften Leben im Überfluß lassen sich nicht mehr kaschieren. Sie sind der Grund für die sich häufenden explosionsartigen Gewaltausbrüche und bilden den Nährboden für ein wachsendes Widerstandspotential gegen die Aufrechterhaltung des status quo. Gestiegenes Selbstbewusstsein von Migranten, die bereits in der 3. Generation beleidigt und ausgegrenzt werden, korrespondiert mit zunehmendem Stolz und Verlangen nach Respekt auf Seiten nationaler Eliten, die nicht mehr ausschließlich in Kategorien der Selbstbereicherung denken.

Gegen solche Auflösungserscheinungen eines gewohnten Herr-Knecht-Verhältnisses zwischen den Ländern Westeuropas, den USA und Japan auf der einen und den kolonisierten Gesellschaften des Südens auf der anderen Seite müssen frühzeitig Maßnahmen ergriffen werden und die Verteidigungslinien geschlossen werden. Und hierzu bedarf es der ideologischen Formierung unserer Gesellschaften.

Der kürzlich vom Zaum gebrochene „Bilderstreit“ bietet hierfür eine geeignete Projektionsfläche. In selten großer Einmütigkeit wurde von den westlichen Medien und führenden Politikern die Pressefreiheit als unantastbare Errungenschaft aufgeklärter Gesellschaften gegen die „gelenkte Gewalt der Straße“ in islamischen Ländern verteidigt. So verletzend auch der Inhalt der zuerst in Dänemark veröffentlichten Karikaturen sei, keine demokratische Regierung der zivilisierten Welt könne es sich leisten, den Abdruck eines solchen „Kunstprodukts“ zu verbieten. Ebenso wie die

Freiheit des Marktes Bedingung für den Bestand der Freiheit der Meinung, der Rede und der Kunst, so sei in gleicher Weise die Freiheit der >Meinung, der Rede und der Kunst< unverzichtbar für den Fortbestand des freien Marktes. So lange der Rubel, der Euro und der Dollar rollen, kann eben produziert werden, was will - Hauptsache, es verkauft sich und lässt die Kassen klingeln.

Bei so viel Marktfundamentalismus haben ethische, moralische oder gar politische Bedenken wegen des Inhalts eines Produktes keinen Platz mehr. Deswegen ist es ja auch so schwer, den Rüstungsproduzenten das Handwerk zu legen oder die abartige Massentierhaltung zu verbieten, oder was auch immer.

Presseerzeugnisse gehören nun einmal auch zum allgemeinen Warenkorb, daher wäre es ein Verstoß gegen die Grundregeln des "Heiligen Marktes", wenn von politischer oder administrativer Seite gegen die Veröffentlichung solcher Karikaturen vorgegangen würde. Der Heiligkeit des Marktes entspricht haargenau die Scheinheiligkeit des Toleranzgebots und des Angebotes zum respektvollen Dialog der Kulturen: „Ich toleriere dich so lange wie du meine Überlegenheit anerkennst, ich spreche so lange mit dir, wie du mich ausreden lässt. Was du zu sagen hast, ist eigentlich unwichtig...“

Ebenso unwichtig war es, dass der Irak entgegen anders lautenden Behauptungen eben keine Massenvernichtungswaffen gelagert hatte.

Ebenso unwichtig ist es heute, dass der Iran nach eigenem Bekunden die Atomtechnologie lediglich zu friedlichen Zwecken nutzen will.

Ebenso unwichtig ist es, dass eine Mehrheit der Palästinenser die vom Westen als terroristische Vereinigung eingestufte Hamas in demokratischen Wahlen in die Regierungsverantwortung gewählt hat. Ihre Stimme zählt nicht.

Was zählt, ist die vom aufgeklärten Westen unterstellte Absicht einiger Schurken, die uns angeblich ans Leder wollen. Und hier ist nicht jenes runde Leder gemeint, dem in 3 Monaten Mannschaften aus aller Welt in deutschen Fußballstadien nachjagen werden, sondern hier geht es um eine vom aufgeklärten Westen diktierte globale Wirtschaftsordnung, deren Regeln nicht straflos verletzt werden dürfen. Wer dennoch gegen sie verstößt, wird umgehend ermahnt, mit Sanktionen belegt und im Extremfall vom Platz gestellt. Nach jahrelangen wirtschaftlichen Sanktionen droht dem Iran nun der Extremfall, die rote Karte. Was das bedeuten könnte für die Zukunft dieses 70-Millionen-Volkes, ist nur schwer vorstellbar. Was es aber bedeuten könnte für die gesamte Region des Nahen und Mittleren Ostens, liegt auf der Hand: Noch mehr Haß auf den aufgeklärten Westen, noch mehr Chaos in den betroffenen Ländern, noch mehr Gewalt und noch mehr sinnloses Töten

Inmitten der eskalierenden Irankrise reiste der amerikanische Präsident gutgelaunt nach Indien, um mit den dortigen Machthabern einen gigantischen Atom- und Waffendeal auszuhandeln. Weder er noch seine freundlichen Gastgeber ließen sich von den wütenden Massenprotesten in großen Teilen des Landes und in Pakistan beeindrucken, sondern steuerten unbeirrbar die Ruhestätte des Symbols für Gewaltlosigkeit, Mahatma Gandhi, an, um diesem in einer Geste kaum zu überbietender Frivolität seine Referenz zu erweisen. Die Grabwächter ließen es sich allerdings nicht nehmen, im Anschluß an den Besuch des US-Präsidenten den „heiligen Ort“ mit einer öffentlichkeitswirksamen Zeremonie ausgiebig zu reinigen und alle evtl. noch verbliebenen bösen Geister schnellstmöglich wieder zu vertreiben. Das letzte Wort in den amerikanisch-indischen Beziehungen ist sicher noch nicht gesprochen.

Bonn, 14.3.06